

# Volksstimme

Einzelpreis 11 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Smerate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechkennzeichen: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Rangrang, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 5. bis 11. November 60 Milliarden Mark, Abholer 59 Milliarden Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10gepaltene, 7 Millimeter breite Kontrapresse 2000 Mk., auswärts 2100 Mk., Familienanzeigen und Stellengesuche 42 Mk., Vereinstafeln 96 Mk., die dreigeptene, 90 Millimeter breite Werbeanzeige 420 Mk., auswärts 440 Mk. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Spaltenzahl des Vereins d. Deutsch. Zeitungsverleger, zurzeit 100 Millionen. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Placatvorchriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 261.

Magdeburg, Donnerstag den 8. November 1923.

34. Jahrgang.

## Höchste Alarmbereitschaft!

### Waffenhilfe!

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei erklärt folgenden Aufruf zur Waffenhilfe im Fall eines Angriffs der Rechtsputzschichten:

Die Reichsregierung ruft das deutsche Volk auf, geschlossen für Ordnung und Freiheit des Reiches einzutreten, wenn ihr von den rechtsradikalen Putzschichten der Kampf aufgezungen wird. Den Kopf steck in den Sand, wer heute nicht klar erkennt:

die Putzschichten wollen den Kampf.

Jedes Ausweichen wird der Reichsregierung als Schwäche gedeutet und fördert nur die Angriffslust der Reichsverderber.

Die wertvolle Bevölkerung, Arbeiter, Angestellte und Beamten, stehen in erdrückender Mehrheit auf dem Boden der Verfassung. Sie stehen hinter denen, die den Willen haben, Deutschland vor der Herrschaft wüster Prätorianerhaufen zu schützen. Neben den Organen des Reiches werden die Landesregierungen den Umsturz abzuwehren haben. Auf ihren Ruf muß jeder, der die Zukunft Deutschlands nicht zerfchlagen lassen will, sich zur Verfügung stellen.

Ein Heer von waffengeübten Republikanern

wird aus dem Boden wachsen, sobald es gerufen wird. Bandenbildungen und Freikorps-Formationen führen nicht zum Ziele. Nur in Angliederung an die Organe der staatlichen Gewalt kann und soll der Kampf um die Freiheit geführt werden.

Sozialdemokraten! Seid bereit, für die Erhaltung der deutschen Republik alles einzusetzen.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften — nicht nur der freien „marxistischen“ Verbände — rufen ihre Mitglieder ebenfalls auf, sich der Republik zur Verfügung zu stellen:

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Von außen aufs schwerste bedrückt und inmitten einer scharf zugespitzten innerwirtschaftlichen Krise wird die Reichseinheit und der Bestand der Republik durch gewalttätigen Ansturm gefährdet. Die durch die Weimarer Verfassung gewährtesten Volksrechte sind bedroht.

Die soziale und wirtschaftliche Not der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Rentner und der übrigen unermittelten Volksschichten wird von Tag zu Tag unerträglich. Kommt dazu noch der Kampf der einzelnen Volksgenossen gegeneinander, so werden damit die letzten Möglichkeiten einer Behebung der außen- und innenpolitischen Nöte zerstört.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Verbände als Vertretung des werksfähigen Volkes rufen ihre Mitglieder und alle übrigen auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden Volkskreise auf, sich zum Schutze der Verfassung und der Republik zur Verfügung zu stellen, wie auch die Gewerkschaften selbst ihre Organisationen zur Abwehr bereitstellen.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände.

Allgemeiner freier Angestellten-Bund.

Allgemeiner deutscher Beamtenbund.

Deutscher Beamtenbund.

Nach die Demokraten wenden sich an ihre Anhänger mit der Aufforderung, einem Rufe zu den Waffenfolge zu leisten:

Der Aufruf der Reichsregierung zeigt den Ernst der Lage. Gewissenlose Verschwörer bedrohen den inneren Frieden und die Erhaltung verfassungsmäßiger Zustände. Dadurch gefährden sie das letzte Gut, das uns der Versailles Vertrag gelassen hat: die deutsche Einheit.

Junere Unruhen und Bürgerkrieg würden mit eiserner Notwendigkeit die Auflösung des Reiches herbeiführen.

Deutsche, Republikaner, Demokraten! Dieser Aufruf muß an dem unerschütterlichen Willen der reichstreuen Bevölkerung zu bestehen. Bauern und Arbeiter, Angestellte, Beamte und alle Bürger! Sammelt euch zum Schutze des Reiches. Laßt alle Meinungsverschiedenheiten, alle Streitigkeiten ruhen und schart euch um das Reich und seine Freiheit!

Wenn die Reichsregierung es für notwendig halten sollte, im Sinne ihres Aufrufs Reichswehr oder Polizei zum Schutze der Republik zu verstärken, haben die waffengeübten Demokraten dem Rufe des Vaterlandes Folge zu leisten. Werbt in euren Reihen für diese Pflicht! Treibt die erforderlichen Vorbereitungen! Die deutsche Republik ist stark gegen die Reichsverderber, wenn sie stark bleiben will und auf einmütige Hilfe rechnen kann.

Deutsche Demokraten! Höchste Alarmbereitschaft für die Republik, die Einheit und Freiheit des Reiches!

Diese Aufrufe kommen spät, aber noch nicht zu spät, wenn die Landesregierungen, vor allem Preußen, den Mut haben, sich gegen die Putzschichten zu behaupten. In Berlin sind die ersten Schritte getan: der Polizeipräsident fordert den Eintritt in die Schutzpolizei zur Auffüllung der vorhandenen Stellen, und zwar werden bis zu 2500 Mann eingestellt. Wir nehmen

an, daß sofort im stärksten Umfang in der am meisten gefährdeten Provinz Sachsen die Schutzpolizei ebenfalls ihre Stellen auffüllt —

### Auf Sachsen folgt Thüringen.

Die Regierung Stresemann hat gestern verkündet, daß zum Schutze gegen die in Nordbayern versammelten Hitlerbanden einige Reichswehregimenten an die thüringisch-bayrische Grenze entsandt würden. Auf Verlangen der Führer des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten richtete die Reichsregierung einen Aufruf an das deutsche Volk. Dieser Aufruf sollte zum Ausdruck bringen, daß die Reichsregierung entschlossen ist, die Hilfe der verfassungstreuen Bürger gegen einen Rechtsputz in Anspruch zu nehmen.

Der Reichswehrminister gab wieder einmal „klare Befehle“. Die bayrisch-thüringische Grenze sollte durch Truppen des Generals Reinhardt (Stuttgart) besetzt werden, um einen Einbruch der Hitlerbanden abzumehren. Nach offiziellen Meldungen war den bayrischen Putzregimentern in und um Koburg gesagt worden, daß sie bei einem Versuch, nach Norddeutschland zu marschieren, auf „überlegene Kräfte der Reichswehr stoßen“ werden.

Und was hat der Kommandeur vom Wehrkreis 5, Reinhardt, aus dem klaren Befehl des Wehrministers gemacht? Er hat ihn ausgeführt, wie er ihn auffaßt, und hat an die Regierung von Thüringen folgendes Schreiben gerichtet:

Die Lage in und um Thüringen ist bedrohlich und erfordert Reichswehrverstärkung. Täglich laufen beim Militär-befehlshaber zahlreiche Hilferufe der thüringischen Bevölkerung ein, die um Beistand gegen den Terror aller Art der proletarischen Hundertschichten bitten. Diese Hundertschichten sind trotz der Weitergabe meines Auflösungsgebots durch die thüringische Regierung in der Tat nicht aufgelöst, oder sie sind in republikanische Rotwehren umgewandelt worden, ohne daß ihre Zusammenfassung und die Art ihrer Betätigung geändert worden ist.

Dieser Zustand ist für große Teile der Bevölkerung unerträglich und wird die schwerwiegendsten Folgen haben, indem einmal eine Einschränkung der Produktion und des Warenverkehrs droht, ferner die bergantiligen Teile der Bevölkerung nach illegaler Unterstutzung auszuweichen, was in mancher Hinsicht schon nahe gerückt zu sein scheint.

Ich habe daher den Kommandeur der 3. Kavallerie-Division, Herrn Generalleutnant Gasse, beauftragt, bei der augenblicklichen bedrohlichen Lage in Thüringen durch ihm zur Verfügung gestellte Reichswehrruppen nach meinen Weisungen der thüringischen Landespolizei einen feiten Rückhalt zu geben und die Auflösung und Entwaffnung der Hundertschichten durchzuführen. Zu diesem Zwecke wird Polizeioberst Müller-Brandenburg mit der thüringischen Landespolizei dem Generalleutnant Gasse unterstellt.

Für diesen General sind also nicht die Befehle des Reichswehrministers maßgebend, auch nicht die Auffassung der Reichsregierung, daß die Ansammlung monarchistischer Verbände in Nordbayern die zu bekämpfende Gefahr darstellen, sondern die „Hilferufe“ und systematisch verbreiteten Schwindelmelungen über den angeblichen Terror in Thüringen, von dem niemand etwas weiß als die Kreise, die diesen „Terror“ als Vorwand für ihren sorgfältig vorbereiteten Gemaltdreich brauchen.

Die Dinge in Thüringen laufen wie in Sachsen. Der Thüringer Regierung wird die Verfügung über die Polizei genommen, und wir zweifeln nicht, daß sich bald auch ein Anlaß finden wird, um die Regierung in Thüringen abzusetzen.

Einstweilen marschiert die Reichswehr in Nordthüringen ein. Gotha ist besetzt worden, die dortige kommunistische Zeitung ist verriegelt, kommunistische Führer sind festgenommen. In die Landeshauptstadt Weimar ist ebenfalls Reichswehr gelegt worden, Truppenteile sind in Marschrichtung Gera, wahrscheinlich inzwischen schon dort eingedrückt.

Gefahren aus Bayern drohen überhaupt nicht. Das Wehrkreiskommando teilt mit:

Ueber die Ansammlung von Kampfverbänden an der bayrischen Nordgrenze werden aus thüringischer Quelle panmende beunruhigende und stark übertriebene Nachrichten selbst von amtlichen Behörden verbreitet.

Tatsächlich ist aber lediglich bayrische Landespolizei an der Grenze, allerdings verstärkt durch 2000 Mann Gilschpolizei, die ortsangehörigen Organisationen entnommen sind. Die Nachricht, daß Truppen der bayrischen Division an der bayrischen Nordgrenze stehen, trifft nicht zu.

Das Reichswehrministerium hat durch seine Offiziere feststellen lassen, daß Kampfverbände in Stärke von 6000 bis 10 000 Mann in Nordbayern versammelt sind. Es ist bekannt, daß diese Kampfverbände der Reichsregierung mit ihrem Vormarsch gedroht haben. Halbamtlich läßt die Reichsregierung mitteilen, daß im Zusammenhang mit den Rüstungen in Nordbayern eine umfassende Putzsbewegung in Pommern, Brandenburg, Schlesien und andern Landesbesten im Gange ist — tut nichts, der General, der gegen die Kampfverbände in Nordbayern eingesetzt wird, marschiert gegen das republikanische Thüringen.

So wird mit Hilfe des militärischen Belagerungsstandes der Weg zur Durchführung rechtsradikaler Pläne freigemacht. Noch wenige Tage, dann wird man sich stark genug fühlen, um den letzten Schlag zu wagen.

Wir glauben nicht mehr an die lauteren Absichten dieser bürgerlichen Reichsregierung. Wir glauben aber, daß die Sozialdemokratie noch Kraft genug besitzt, um sie zu zwingen, sich zu demaskieren. Als am Montag der Neftestenauschuß des Reichstags sich mit dem Wiederzusammentritt des Plenums beschäftigte, erklärte Genosse Hermann Müller, daß die Sozialdemokratie die Schwierigkeiten der innerpolitischen Lage nicht verkenne, aber dennoch den Zusammentritt des Reichstags fordern werde, wenn die Regierung nicht unmittelbar zur Sicherung der Staatsautorität gegen Bayern einschreite. Mit Rücksicht auf die parlamentarischen Schwächen des gegenwärtigen Kabinetts hat sich Stresemann zur Sicherung der thüringisch-bayrischen Grenze bereit erklärt. Mit welchem Erfolg, ergibt sich aus den obigen Meldungen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat daher ihre Ankündigung auszuführen und für den sofortigen Zusammentritt des Reichstags zu sorgen, wenn die Reichsregierung nicht innerhalb 24 Stunden die in Mittelthüringen eingerückte Reichswehr dort zusammenzieht, wo sie tatsächlich gebraucht wird. Stresemann dürfte nicht im unklaren darüber sein, welchen Ausgang eine erzwungene Reichstagsung nehmen wird. Wir sind uns vollkommen klar darüber, was nach seinem Sturze vielleicht folgen kann, aber wir bleiben der Auffassung, daß die Rechtsdiktatur geradezu herbeigerufen wird, wenn Stresemann und Geßler weiterhin mit dem Ausnahmezustand regieren wie bisher.

Dann lieber sofort Klarheit und eine klare Kampfstellung! —

### Nord und Süd verwechselt.

Zum großen Erstaunen, ja zur Enttäuschung der thüringischen Bevölkerung marschiert die Reichswehr ebenso weit nördlich des Thüringer Waldes auf, als sie südlich des Thüringer Waldes stehen müßte. In der Frühe des Dienstag sind drei Bataillone Infanterie und eine Eskadron Kavallerie unter Oberst Brendel in Gotha eingerückt. Eine der ersten Handlungen dieser Truppe war die Beruhigung eines der Redakteure der kommunistischen Zeitung, ohne daß ein unmittelbarer Anlaß dafür vorlag. Auch wurde sofort nach Hundertschichten und deren Waffen gefahndet.

Andere Truppenteile sind in Ortschaften nördlich von Weimar, Buttstädt, Wilsdorf, Brudersdorf usw. eingetroffen. Nach den ausgestellten Vorposten scheint das Marschziel Weimar zu sein. Im altenburgischen Städtchen Eisenberg ist württembergische Artillerie angekommen.

Sehr große Empörung unter der Arbeiterschaft erregte die Ankunft der Reichswehr in Köstitz und im Meuselwitz-Mtenburger Brunkohlenrevier. Dort ist der Bergarbeiterstreik seit zwei Tagen beendet und keine Störung der Ruhe und Ordnung seitdem mehr vorgekommen. Geringfügige Gewalttätigkeiten, die sich während der Streiktage ereigneten, wurden von der Landespolizei mühelos beigelegt.

Auch in Jena und in Germsdorf an der Straße Jena — Gera ist Reichswehr eingetroffen. Nahezu überall hat die Reichswehr sofort Durchsuchungen nach Waffen vorgenommen.

Dieser Einmarsch der Reichswehr im Norden stößt im Süden Thüringens und das ganze Verhalten der Truppen am ersten Tage, das als ausgesprochen arbeitersfeindlich gekennzeichnet werden muß, obwohl in Thüringen selbst die



Stufe und Ordnung in keiner Weise gestört worden ist, hat bei der Verdüsterung große Beunruhigung hervorgerufen.

### Sächsische Landtagssitzung.

Der Sächsische Landtag nahm am Dienstag die Erklärung der neuen Regierung entgegen. Bevor dem Ministerpräsidenten das Wort erteilt wurde, erklärte der Präsident, daß sich das Plenum nach Entgegennahme der Regierungserklärung auf 2 Stunden vertagen werde, damit den Fraktionen Gelegenheit gegeben werde, zur Regierungserklärung und gleichzeitig zum völksparteilichen Auflösungsantrag Stellung zu nehmen.

Dann nahm Ministerpräsident Sellisch das Wort:

Die Regierung, die in schwerster Zeit der Not ihr verantwortliches Amt antritt, wird es als ihre Aufgabe betrachten, auf dem Boden der Verfassung zu wirken und die Verfassung zu schützen. Der Versuch, die Verfassung zu brechen, von wo er auch kommen möge, sprengt das feste Gefüge eines Landes, verwirrt seine Kraft und vernichtet seine wirtschaftliche und kulturelle Fruchtbarkeit. Es erschien geboten, die dem eignen allgemeinen Volkswillen widersprechende reichskommissarische Verwaltung in Sachsen so rasch wie möglich durch eine ordnungsmäßige Regierung zu ersetzen, die in der Achtung und dem Schutze der Reichs- und Landesverfassung die oberste Pflicht sieht.

Ich versichere, daß die Regierung diese Pflicht getreu erfüllen wird, sie fordert aber Achtung der Verfassung im ganzen Reich und rücksichtsloses Vorgehen der Reichsgewalt überall dort.

#### Wo wirklich Verfassungsbruch vorliegt.

Es darf aber nicht vorkommen, daß in Deutschland die verfassungsmäßige Regierung eines Landes, die die Einheit des Reiches auf dem Boden der Reichsverfassung erhält, wider Willen durch das Reich beseitigt wird. Die Regierung stellt fest, daß bei dem Vorgehen gegen die bisherige sächsische Regierung eine Form zur Anwendung gekommen ist, die mit der Würde einer Landesregierung unvereinbar und für ein Volk in einem parlamentarisch regierten Land unerträglich ist.

Gerade jetzt ist es ein Pflichtgebot einer jeden Regierung, alle im Volk und seiner Wirtschaft aufzubringenden Kräfte zu konzentrieren zu dem Zwecke, das furchtbare Elend, das heute nicht nur allein die Massen der Arbeiter, Angehörigen und Beamten, Sozial- und Kleinrentner, sondern vor allem auch schon weitestgehende Kreise des Mittelstandes erfaßt hat, zu lindern. Die Regierung muß daher von allen Volksteilen erwarten, daß das soziale Pflichtgefühl über eignen Vorteilsstreben steht und wahrhafte Menschlichkeit als Erfolgsziel jeder emigen produktiven Arbeit beirachtet wird. Die Regierung wird zu diesem Zweck alles, was in ihrer Kraft steht, tun, um das Wirtschaftsleben zu fördern.

Die neue Regierung stellt den ernstlichen Versuch dar, auf verfassungsmäßige-parlamentarischer Grundlage die militärische Diktatur im Lande zu befeitigen

und die ordentliche Regierungsgewalt in Sachsen wiederherzustellen. Sie erwartet, daß die Aufgabe im ganzen Land und vom ganzen Volke redlich erkannt und an ihre Lösung von allen redlich mitgearbeitet wird, um hohe Güter von Wirtschaft und Freiheit zu retten.

Diese Erklärung wurde von der Mitte des Hauses mit Beifall aufgenommen.

Die Kommunisten haben folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung genießt nicht das Vertrauen des Landtags.“

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab Genosse Birch namens der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion billigt die Regierungserklärung. Als die kommunistische Partei bei einigen Reden den Willen bekundete, in die Regierung einzutreten, haben meine Parteigenossen diesem Willen Rechnung getragen und den Kommunisten bedeutet, daß uns ein gemeinsames Arbeiten auf dem Boden der Verfassung nur willkommen sei. Die zu dieser Aufgabe getroffenen Vereinbarungen sind von den Kommunisten nicht gehalten worden. Da jedem durch den Vor-

stöß der Reichsregierung gegen Sachsen das Zusammenarbeiten mit den Kommunisten unmöglich geworden ist und da die Sozialdemokratie eine Aufbaubarbeit von 5 Jahren nicht zerstören lassen wollte und der Freistaat Sachsen wieder zu einer verfassungsmäßigen Regierung kommen mußte, billigte meine Fraktion die Lösung, die in der Regierung Sellisch gefunden wurde.

So entschieden meine Fraktion die Aufforderung der kommunistischen Partei zur gewaltsamen Aufhebung gegen die Reichsregierung ablehnt, so entschieden beurteilt sie das Vorgehen des Reichskommissars, das nach unserer Auffassung jeder verfassungsmäßigen Grundlage entbehrt. Meine Fraktion fordert mit allem Nachdruck, daß von der Reichsregierung endlich gegen die bairischen

Rechts- und Verfassungsbrüche eingeschritten und in diesem Lande verfassungsmäßige Zustände wieder herbeigeführt werden.

In bezug auf das Arbeitsprogramm der neuen Regierung verweist meine Fraktion auf die Erklärung vom 12. Oktober dieses Jahres. Wir sind auch heute der Auffassung, daß die erste und ernsteste Aufgabe dieser Regierung die Wiederaufrichtung der Wirtschaft und die Behebung der furchtbaren Not weitaus der Vorkommnisse sein muß. Da meine Fraktion der Überzeugung ist, daß die Regierung Sellisch diese Aufgabe zu lösen willens ist, spricht sie ihr das Vertrauen aus.

Abg. Veitler (dt.-nall.) sprach sich gegen die Regierungserklärung aus und versicherte, daß er sich, wenn er zwischen Bayern und Stresemann zu wählen hätte, für Bayern und gegen Stresemann entscheiden würde. Dem völksparteilichen Antrag auf Auflösung des Landtags stimme seine Fraktion zu.

Abg. Kaiser (Völksp.) begrüßte die Erklärung der Regierung, auf dem Boden der Verfassung arbeiten zu wollen und begründete den Auflösungsantrag seiner Partei.

Der Kommunist Bötker, der bisherige Minister, erklärte, daß auch seine Fraktion für die Auflösung des Landtags stimmen werde. Er beschäftigte sich in stündiger Rede mit der Entwicklung der politischen Lage.

Dann erfolgte Schluß der Sitzung. Ueber den völksparteilichen Auflösungsantrag wird am Donnerstag abgestimmt werden.

### Deutschnationale Lockungen.

Im Reichstag hielten am Dienstag die Fraktionen der Deutschnationalen, der Volkspartei und der Demokraten Fraktionsitzungen ab, deren Verhandlungen sich hauptsächlich darum drehten, ob eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung möglich sei. Eine Lösung dieser Frage auf parlamentarischer Grundlage wird allerdings nicht für möglich gehalten, wohl aber meinen die Deutschnationalen, daß sie unter Beibehaltung der gegenwärtigen Regierungsform der Frage ihres Eintritts in die Regierung näherzutreten könnten, wenn die „Mare Richtlinie“, die sie verfolgen, innegehalten werden kann. Diese geht dahin, daß sie eine Vertiefung unter allen bürgerlichen Parteien über die Behebung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Wirren für möglich halten und daß sie die Verantwortung innerhalb der Regierung nur dann übernehmen könnten, wenn sie in der Regierung so vertreten wären, daß sie sich durchsetzen könnten. Diese Voraussetzung müßte ferner vor allem dadurch erfüllt werden, daß alsbald auch die Zusammenfassung der preussischen Regierung entsprechend geändert würde.

Innerhalb der Volkspartei, deren Fraktionsitzung für streng vertraulich erklärt wurde, besteht starke Neigung, den Deutschnationalen entgegenzukommen. Jedoch sind endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt. An der Fraktionsitzung nahm in den späten Abendstunden auch der Reichskanzler Stresemann teil.

Die demokratische Fraktion verhielt sich in ihrer Dienstsitzung ablehnend gegenüber dem Gedanken, die Deutschnationalen in die Regierung aufzunehmen. Sie

sieht keinen Anlaß, ihre Minister zurückzuziehen und wünscht, daß in der jetzigen Zeit die Regierung bestehen bleibt.

Die Zentrumsfraktion hatte in ihrer letzten Sitzung beschlossen, im Gegensatz zu der demokratischen und der sozialdemokratischen Partei keinen Sonderauftrag im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung zu veröffentlichen. Diese Haltung wurde damit begründet, der Aufruf der Reichsregierung besage alles, was gegenwärtig über die innere Gefahren zu sagen sei. Das Zentrum würde einen Sonderauftrag nur dann für zweckmäßig erachten, wenn alle Koalitionsparteien, also auch die Volkspartei, denselben Weg ginge. Worauf das Zentrum lange warten kann, wohl auch warten will.

### Ser mit den Goldlöhnen!

Die rapide Entwertung der Papiermark in den letzten Tagen und die Umstellung der Produktion, des Handels und der staatlichen und gemeindlichen verbenden Unternehmen auch auf Goldmarkrechnung hat ein weiteres Aufrechterhalten der Papiermarklöhne auch nur auf kürzeste Zeit unmöglich gemacht. Auch die noch so fein ausgearbeiteten Berechnungen über Wertbeständigkeit der Papiermarklöhne sind über den Haufen geworfen worden, denn heute reagiert auch der Kleinhandel auf Grund der Goldmarkberechnung sofort auf jeden Dollarsprung. Besonders in den letzten Tagen haben die Preissteigerungen einen Umfang angenommen, daß die vorige Woche ausgezahlten Papiermarklöhne nicht ausreichen, um auch nur die notwendigen Lebensmittel zum Schutze gegen den Hunger zu kaufen.

Da die Löhne allgemein nach der wöchentlichen Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten berechnet werden und meistens der Großhandelsindex und die Geldentwertung in der laufenden Lohnwoche nicht berücksichtigt werden, tritt besonders in Zeiten stürmischer Geldentwertung, wie wir sie in den letzten Tagen erlebt haben, eine gewaltige Senkung des Realeinkommens der Lohn- und Gehaltsempfänger ein. Diese Senkung nimmt stündlich ihren Fortgang und ist nicht aufzuhalten, solange nicht die Löhne und Gehälter nach Goldmark berechnet und in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt werden.

Die Regierung Stresemann hat den Forderungen der Industrie und des Handels nach Zulassung der Goldrechnung nachgegeben, ohne gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Löhne nach Gold berechnet und in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt wurden. Auf diese Weise sind dem kapitalistischen Unternehmertum auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter und ihrer Angehörigen ungeheure Extraprofite in den Schoß geworfen worden.

Die Gewerkschaften müssen darauf dringen, daß mit dem ungeheuerlichsten Lohnbetrug, den jemals die Welt gesehen hat, endlich Schluß gemacht und mit dem unhaltbaren Zustand ausgeräumt wird, daß die Arbeiterschaft bei Goldpreisen sich mit Papiermarklöhnen abfinden lassen soll. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen drängen in Anbetracht des allgemeinen Preis- und Währungswirrwarrs auf rascheste Lösung der Frage der Goldentlohnung. Diese Woche werden die Spitzenorganisationen zusammentreten, um sich über ihre Forderungen endgültig schlüssig zu werden.

Das Vorgehen der Gewerkschaften sieht in großen Zügen bereits fest. Danach wollen die Gewerkschaften ohne Rücksicht auf die politischen Maßnahmen der Regierung von

### Kleines Feuilleton.

#### Richard Wagner und Giacomo Meyerbeer.

II.

Der Brief an Schumann vom Januar 1842, in dem Meyerbeer ein „schätzliches kleinerer“ genannt wurde, war Ende Dezember 1840, ebenfalls von Paris aus, die Rechnung an Schumann vorangegangen.

Laßen Sie doch Meyerbeer nicht mehr so herunterreißen; den Namen verdanke ich alles, und zumal meine halbjährige Beschäftigung.

Was überhaupt Wagner heranzieht, wenn er Meyerbeer als Reizger Hingewiesen, läßt sich kaum vorstellen. Erst im April 1842 scheint dem überaus geübten Wagner die Jählingstüchtigkeit des ungenügenden und ungeschickten Wagner völlig geworden zu sein — wenigstens schreibt er an seinen Schwager Averanius von Kater des „Kunstwart“-Gerichtsbuch: „Ich verlor gestern einen ganzen Tag, um Meyerbeer anzuhören, den ich dann erst am Abend richtig zu sprechen bekam.“ In der Autobiographie „Mein Leben“ bemerkt er über seinen Besuch in Berlin: „Ich fand, daß ich Meyerbeer mit meiner Höhe nach Berlin nicht sprechen zu können erwiesenen hätte. Immerhin sagte er mir, daß er mich nicht als einen so bedeutenden er, so sehr auf der Höhe“ begreifen zu sein — ein Ja-Plaud, in welchem ich ihn hätte nicht annehmen zu dürfen, in Berlin wieder besah.“

Wagner verstand diesen Brief damals nicht. Er teilte im Oktober 1842 Meyerbeer den „Kunstwart“-Brief „Meyerbeer“ in Dresden mit und empfing durch einen gemeinsamen Bekannten, den General Winter, die Übersetzung von Meyerbeer, die er sich sorgfältig über den „Kunstwart“-Brief „Meyerbeer“ zu lesen ließ. „Ich habe,“ schreibt er an Meyerbeer, „den Brief des Wagner gelesen, in dem Sie mich als einen so bedeutenden er, so sehr auf der Höhe“ begreifen zu sein — ein Ja-Plaud, in welchem ich ihn hätte nicht annehmen zu dürfen, in Berlin wieder besah.“

Wagner verstand diesen Brief damals nicht. Er teilte im Oktober 1842 Meyerbeer den „Kunstwart“-Brief „Meyerbeer“ in Dresden mit und empfing durch einen gemeinsamen Bekannten, den General Winter, die Übersetzung von Meyerbeer, die er sich sorgfältig über den „Kunstwart“-Brief „Meyerbeer“ zu lesen ließ. „Ich habe,“ schreibt er an Meyerbeer, „den Brief des Wagner gelesen, in dem Sie mich als einen so bedeutenden er, so sehr auf der Höhe“ begreifen zu sein — ein Ja-Plaud, in welchem ich ihn hätte nicht annehmen zu dürfen, in Berlin wieder besah.“

Wagner verstand diesen Brief damals nicht. Er teilte im Oktober 1842 Meyerbeer den „Kunstwart“-Brief „Meyerbeer“ in Dresden mit und empfing durch einen gemeinsamen Bekannten, den General Winter, die Übersetzung von Meyerbeer, die er sich sorgfältig über den „Kunstwart“-Brief „Meyerbeer“ zu lesen ließ. „Ich habe,“ schreibt er an Meyerbeer, „den Brief des Wagner gelesen, in dem Sie mich als einen so bedeutenden er, so sehr auf der Höhe“ begreifen zu sein — ein Ja-Plaud, in welchem ich ihn hätte nicht annehmen zu dürfen, in Berlin wieder besah.“

Berlin ist die einzige Stadt, die diesen nötigen Einfluß übt, und dieses Berlin heißt mir so gut wie verschlossen.

Der „Kunstwart“ Ende 1845 „mit wahrster und dankbarer Erinnerung“ Meyerbeers „gehobener Richard Wagner“. Und am 1. Januar 1846 schreibt er an den „schätzlichen kleinen Reizger“:

Mein hochgeachteter Herr und Freund! In leidenschaftlicher Sorge um mein nächst zu gebendes Kind, dem ich im voraus ein möglichst bestes Los auf Erden bereiten möchte, lege ich Ihnen die Ideen in meinem kürzlich geschriebenen Briefe ein, aber vielsagende Bitte ans Herz, bei dem König den Auftrag zu erwirken, diese Dichtung für sein Hoftheater in Berlin zu komponieren. Sollte es geschehen sein, dem König die Dichtung selbst vorzulesen, so würde ich mich dazu freuentlich in Berlin einfinden. ... Für artig Ihr hochachtungsvoller Richard Wagner.

Frederich Wilhelm 4. konnte sich Senfeneria wie der neue Präsident von Kattin für die Wagnerische Sache begeistern. Das war ein gut Teil dazu beigetragen haben, um aus dem sehr fröhlichen und unterwürfigen Dresden Hofkapellmeister einen feindseligen Republikaner zu machen, als der er „Mein Herrlicher Kaiser“ verließ, dem er nach dem ersten Pariser Briefe „mit dessen Tränen im Auge einige Verse geschrieben“ hatte — am 1. März 1846, 1850 und 1856, sein Bild in Frankreich zu produzieren. Erdrückend und unerschütterlich deutsch ist er dann erst nach dem Durchfall des „Kunstwart“ in Paris geworden. In dem Berliner Briefe lag mir dem Angebot des „Kunstwart“ wurde er einem ungeschickten „Kunstwart“ in Paris geschrieben. In dem Berliner Briefe lag mir dem Angebot des „Kunstwart“ wurde er einem ungeschickten „Kunstwart“ in Paris geschrieben. In dem Berliner Briefe lag mir dem Angebot des „Kunstwart“ wurde er einem ungeschickten „Kunstwart“ in Paris geschrieben.

Das war ein gut Teil dazu beigetragen haben, um aus dem sehr fröhlichen und unterwürfigen Dresden Hofkapellmeister einen feindseligen Republikaner zu machen, als der er „Mein Herrlicher Kaiser“ verließ, dem er nach dem ersten Pariser Briefe „mit dessen Tränen im Auge einige Verse geschrieben“ hatte — am 1. März 1846, 1850 und 1856, sein Bild in Frankreich zu produzieren. Erdrückend und unerschütterlich deutsch ist er dann erst nach dem Durchfall des „Kunstwart“ in Paris geworden. In dem Berliner Briefe lag mir dem Angebot des „Kunstwart“ wurde er einem ungeschickten „Kunstwart“ in Paris geschrieben.

Das war ein gut Teil dazu beigetragen haben, um aus dem sehr fröhlichen und unterwürfigen Dresden Hofkapellmeister einen feindseligen Republikaner zu machen, als der er „Mein Herrlicher Kaiser“ verließ, dem er nach dem ersten Pariser Briefe „mit dessen Tränen im Auge einige Verse geschrieben“ hatte — am 1. März 1846, 1850 und 1856, sein Bild in Frankreich zu produzieren. Erdrückend und unerschütterlich deutsch ist er dann erst nach dem Durchfall des „Kunstwart“ in Paris geworden. In dem Berliner Briefe lag mir dem Angebot des „Kunstwart“ wurde er einem ungeschickten „Kunstwart“ in Paris geschrieben.

Das war ein gut Teil dazu beigetragen haben, um aus dem sehr fröhlichen und unterwürfigen Dresden Hofkapellmeister einen feindseligen Republikaner zu machen, als der er „Mein Herrlicher Kaiser“ verließ, dem er nach dem ersten Pariser Briefe „mit dessen Tränen im Auge einige Verse geschrieben“ hatte — am 1. März 1846, 1850 und 1856, sein Bild in Frankreich zu produzieren. Erdrückend und unerschütterlich deutsch ist er dann erst nach dem Durchfall des „Kunstwart“ in Paris geworden. In dem Berliner Briefe lag mir dem Angebot des „Kunstwart“ wurde er einem ungeschickten „Kunstwart“ in Paris geschrieben.

Gäbe es aber wirklich etwas Vorhandenes, Konsistentes, was Meyerbeerisch zu nennen wäre, wie man etwas „Beethovenisch“ oder meinetwegen „Mozartisch“ nennen kann, so gesehe ich, müßte es ein wunderbares Spiel der Natur sein, wenn ich aus dem Quell geschöpft hätte, dessen bloßer Geruch aus weiter Ferne mir zu wider ist; es wäre dies ein Todesurteil über meine Produktivkraft.

So der „alleraufrichtigste Schüler und Diener“, der sich von Beethoven zu Meyerbeer befehrt hatte. Über erst als er sich durch seine Beteiligung an der Revolution von 1849 in Deutschland unmöglich gemacht hatte, konnte er die Marke fallen lassen. In das Jahr 1850 fällt seine satirische Schilderung des „Prophezen“, den er in Paris angeheert hat, und im September des gleichen Jahres erscheint in der „Neuen Zeitschrift für Musik“ in Leipzig das Urbild aller Dinterlieden, der „Mischer“, das Judentum in der „Musik“, in dem die echt demokratische Sache vorkommen:

Wie all unser Liberalismus ein nicht sehr hellisches Geistespiel war, indem wir für die Freiheit des Volkes und ergingen, ohne Kenntnis dieses Volkes, ja mit Unbeugung gegen jede wirkliche Berührung mit ihm, so empfang auch unter dieser für die Gleichberechtigung der Juden viel mehr aus der Anregung eines allgemeinen Gedankens, als aus einer realen Sympathie; denn bei allem Reden und Schreiben für Judenemanzipation fühlten wir uns bei wirklicher, tätiger Berührung mit Juden von diesen nicht unwillkürlich abgestoßen. ... Noch jetzt belügen wir uns in jeder Beziehung nur absichtlich, wenn wir es für notwendig und unpfeilich halten zu müssen glauben, unsere natürlichen Widerwillen gegen jüdisches Wesen öffentlich kundzugeben.

Man fragt sich verwundert: wie hat es dieser vorzügliche Dichter und Bekenner, der seine Judenhebe unter dem Pseudonym „Bartholdy“ veröffentlicht hat, über sich gebracht, seinen ungeschickten Widerwillen gegen diese Klasse im Jahre Meyerbeer und in den Fällen Lehrs, Berger, Lausig, Schloßinger neun Jahre lang und noch länger so lächerlich zu meißeln? Und mit der ungeschicklichen Miene von der Welt schreibt er über Meyerbeer:

Wir glauben wirklich, daß er Nummern hätte machen können, und zugleich weiß, daß er sie nicht schaffen konnte, um sich aus diesem peinlichen Konflikt zwischen Willen und Können zu lösen, schreibt er für Paris Opera, und läßt diese dann selbst in der übrigen Welt aufspielen — heutzutage das höchste Mittel, ohne Künstler zu sein, doch Kunststücken sich zu verschaffen.

Er handelt also diesen „lächerlichen Komponisten“ zum Dichter, genau wie er den Heine sagt, er habe sich selber zum Dichter gelassen, und dafür auch seine geübten Sagen von untern Komponisten in Kunst gesetzt — von demselben Heine, der ihm die Ideen zum „Kunstwart“ gegeben hat, und zum „Kunstwart“ verabschiedet, und diesen „Mein Herrlicher Kaiser“ er jagte in französischer Übersetzung, seine in Paris geschriebene.



Der Arbeitgeber die Entlohnung auf Goldmarkbasis fordern. Diese Forderung soll mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln unterstützt werden. Es ist bereits an sämtliche Gewerkschaftsverbände die Parole ausgegeben worden, daß bei sämtlichen Tarifverhandlungen der nächsten Woche nur eine Entlohnung auf Goldmarkbasis und möglichst in wertbeständigen Zahlungsmitteln in Frage kommen dürfe. Es wird also Aufgabe der Gewerkschaften sein müssen, bei den dieswöchigen Lohnverhandlungen darauf zu dringen, daß die Lohnfestsetzungen auf der Grundlage der Goldmarkberechnung vorgenommen werden.

Daß es möglich ist, die Löhne nach Goldmark zu berechnen, um dadurch ihre schnellste Anpassung an die Geldentwertung zu erreichen, zeigt die Lohnvereinbarung der Hamburger Seeleute und Werftarbeiter. Die Lohnregelung ist nach folgenden Gesichtspunkten zustande gekommen: Die Löhne werden in Rechnungsfestsetzungen festgelegt und umgerechnet unter Berücksichtigung des amtlichen Teuerungsz- und des Dollarindef. Der sich demnach ergebende Stundenverdienst für gelernte Arbeiter in Hamburg (Spitzenlohn) darf den von 40 Goldpfennigen nicht überschreiten. Der Stundenverdienst vor dem Kriege betrug 64 Pfennig. Für die Seeleute ist durch Schiedspruch vom 1. November an eine Regelung getroffen worden, die den Seeleuten aller Grade eine Entlohnung in Höhe von 80 Prozent der Friedensbeurteilung gewährt. Soweit der Lohn noch nicht im vollen Umfang in wertbeständigen Zahlungsmitteln gezahlt werden kann, erfolgt die Zahlung in Papiermark zum Kurse der Goldanleihe.

In der Berliner Metallindustrie ist es vorläufig zu einer andern Lohnregelung gekommen. Es wird nämlich den Arbeitern ein tägliches Brotgeld — unbeschadet der endgültigen Lohnfestsetzung — vorzuschüttenweise ausbezahlt, das für Unverheiratete den Preis eines Brotes, für Verheiratete von zwei Broten und für Verheiratete mit Kindern den von drei Broten beträgt. So unzulänglich auch diese Regelung sein mag, so ist sie doch immerhin den Entlohnungsmethoden vorzuziehen, die in keiner Weise auf die täglich steigende Teuerung Rücksicht nehmen.

Her mit den Goldlöhnen! Das ist der Ruf, der sich Hunderttausenden von Lohn- und Gehaltsempfängern auf die Lippen drängt. Die Langmut der Arbeiterschaft ist erschöpft. Sie will nicht länger die Opferbringerin der Geldentwertung sein und es dem Unternehmertum ermöglichen, daß dieses durch die Hungerlöhne riesige Gewinne machen kann. Sie ist auch nicht gewillt, zuzulassen, daß der Besitz wertbeständiger Zahlungsmittel das Privileg kapitalistischer Kreise wird, während für die Arbeiter die endwerteten Papiermarkscheine übrigbleiben. Die Arbeiter verlangen Auszahlung ihrer Löhne in der Uebergangszeit zur Goldwährung mindestens in einem Teile wertbeständiger Zahlungsmittel, die zu schaffen die Stresemann-Regierung wirklich genug Zeit hatte.

### Militärkontrolle der Entente.

Eine neue Note der Verbündeten über die Tätigkeit der Kontrollkommissionen ist nunmehr Deutschland zugegangen. Poincaré hat die Note in seiner Eigenschaft als Präsident der Völkervereinigung unterzeichnet. Die Reichsregierung wird aufs neue aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, damit die Kontrollkommissionen ihre seit Monaten unterbrochene Tätigkeit wieder aufnehmen können. Die Verbündeten verlangen zum Schluß, daß Deutschland die Note vor Ende dieser Woche beantworte.

Der Jude Meyerbeer hat von den Waffen, die ihm Wagner selbst einst in die Hand gelegt, keinen Gebrauch gemacht. So hoch ist er über die „echt deutsche“ Kampfesweise des „Meisters von Bayreuth“ erhaben gewesen. Im übrigen bleibt es jedem unbenommen, von der Gesinnung des Me n s c h e n auf die des K ü n s t l e r s zu schließen.

**Bildende Kunst.** Im Franz-Hals-Museum in Paris, das fast alle großen Gruppenbildnisse des Meisters vereinigt, ist jetzt ein weiteres Werk nach gänglicher Wiederherstellung wieder der Öffentlichkeit ausgestellt worden: die Schützenmahlzeit von 1633. Es gibt da dieselbe Ueberraschung wie bei dem Altersbild, der Armenhausvorsteherin von Gals, die man schon früher gereinigt hatte. Was bisher unter dieser Schmutzschicht und trübe gewordenen Firnissen fast nur zu ahnen war, das ganze malerische Temperament eines Meisters von unerhörter Lebendigkeit und überzeitlicher Kraft, es liegt nun offen zutage. Die schmutzigen Grün sind nun plötzlich blau, die fahlen und trüben Gelb zeigen ein strahlendes Weiß. In einer kleinen Ecke auch des Bildes von 1633 hat man die heruntergenommene Schmutzschicht vorläufig stehen lassen, um den Abstand und den Gewinn zu zeigen. Die Reinigung des andern großen Alterswertes, der Spitalvorsteherin, soll nun an die Reihe kommen. Gerade hier dürfte es die größten Ueberraschungen geben. — Es ist das beste Zeichen für die Lebenskraft der künftigen Kunstsammlungen, wenn auch in diesen Tagen die Berliner Museen Erwerbungen zeigen können. Naturgemäß sind es heute in der Hauptsache Geschenke; darunter sind aber neuerdings so bedeutende Stücke, wie die „Heilige Familie“, die im Parochialaal des Kaiser-Friedrich-Museums aufgehängt sind, ein einst in der Galerie von Oldenburg befindliches Bild, in dem der Status des Museums ein Jugendwerk des Michelangelo da Caravaggio erkannt hat. Als Geschenk einer Berliner Kunsthandlung erhielt das Museum eine 1633 datierte niederländische Landschaft, welche, zwischen die der Künstler die Flucht nach Ägypten verlegt hat, ein Werk der Uebergangszeit, an deren Schwängen die Galerie bisher keinen Nebenfluß hat. Dr. Wilhelm M. Valentiner besuchte dem Kaiser-Friedrich-Museum eine alte italienische Dolchspitze aus der Zeit um 1400, das Bruchstück eines lebensgroßen Getreuzigen. Die Wand der Bilderverammlung bringt die große Figur der Maria mit dem Kinde, Brustbaumholz mit alter Bemalung, ein französisches Werk der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts, das seinerzeit von Professor Böge aus dem Besitz des Berliner Sammlers Benoit Oppenheim veröffentlicht worden ist. Die Antiken-Abteilung des Museums konnte aus dem Kunsthandel ein prächtiges Relief mit drei Figuren erwerben, das nach Stil und Material aus Palmyra stammt, und erhielt durch Tausch einen Kopf des Ägyptischen Gottes Amun, die Kopie eines Wertes aus der Mitte des 3. Jahrhunderts v. Chr. Das Antiquarium im New Museum kaufte zwei in Rom wieder gefundene antike Bronzen, die Büste einer Nereide und eine Minerva-Statuette.

Der „Temps“ erklärt, Frankreich könne gegenüber den Staatsstreich-Gefahren in Deutschland nicht gleichgültig bleiben. Die Errichtung einer reaktionären Diktatur in Deutschland würde für Frankreich sowie für alle Deutschland benachbarten Staaten, die durch den Versailler Vertrag geschaffen oder vergrößert worden sind, eine Bedrohung darstellen. Die französische Regierung werde wahrscheinlich die Reichsregierung davon in Kenntnis setzen, daß sie die Errichtung einer illegalen Diktatur, die durch eine militärische Macht unterstützt würde, nicht dulden könnte.

### Die Früchte der Monarchisten.

Das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Wirtschaft ist durch die offenen Kriegserklärungen der Monarchisten an die Republik unter den Nullpunkt gesunken. Man erwartet den Bürgerkrieg und völligen Zusammenbruch Deutschlands und flieht die deutsche Papiermark.

Das Reutersche Bureau meldet aus Newyork, daß die Banken und Wechselstuben den Handel mit deutscher Mark eingestellt haben. Zu dieser Meldung schreibt der Berliner „Montag“: „Durch die Bekanntgabe dieses Beschlusses wird die Tatsache erklärt, daß in Newyork nur eine unbedeutende Spekulationsgruppe die Mark hin und her wirft und daß demnach der Newyorker Kurs auch in keiner Weise als Wertmesser für die deutsche Währung angesehen werden kann und darf. Jeder Kurs der Papiermark, der eventuell auch noch weiter aus Newyork gemeldet werden würde, muß also als bedeutungslos angesehen werden.“

Auch die Banken in Rom haben den Markverkehr gänzlich eingestellt. Die italienische Presse rednet mit blutigen Ereignissen in Deutschland am 9. November. Kein Wunder, wenn die bisher schon vorsichtig behandelte deutsche Mark nunmehr gemieden wird wie der Keufel.

Die deutschen Monarchisten, die Kriegsverlängerer, die Ludendorff, Hitler und Konjorten werden nicht eher Ruhe geben, bis der letzte Deutsche verhungert unter dem großen Trümmerhaufen liegt. Darunter liegen dann aber auch alle die Kurzfristigen, die den Nationalisten heute nachlaufen.

**Dollar Amtliche Notiz, 630 Milliarden vom Mittwoch**

### Völkische Judenhege.

Im Anschluß an die Berliner Minderungen richten die Berliner Gewerkschaften, der Angestellten- und Beamtenbund an die Arbeiter einen Aufruf, in dem es festgestellt wird, daß der große Sturm auf das Berliner Judenviertel sorgfältig und mit feinsten Berechnung von deutschvölkischen Demagogen vorbereitet worden ist, um die verfahrenere politische Lage in Deutschland katastrophal zu steigern und die Massen den dunkeln Zwecken des Faschismus mißbar zu machen. Die deutschvölkischen Führer wollen nicht allein gegen die Juden aufsteigen, sie wollen zugleich durch diese Auszuchtungen den Beweis führen, daß nur eine Rechtsdiktatur den Bürgerfrieden in Deutschland noch sichern kann.

Weiter heißt es: Durch Ausplünderung von Juden kommt man der kapitalistischen Ausbeutung nicht bei. Wenn Lohn heute nicht mehr wachsen kann, wachsen morgen Thyssen und Stinnes um so mehr. Der jüdische wie der christliche Ausbeuter, der schwarze wie der weiße Jude werden erst fallen, wenn der Kapitalismus fällt. Nur ein wurzelstiefer Eingriff in die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft kann das deutsche Volk retten. Nur eine große staatliche Organisation kann die hungernden Volksmassen ausreichend versorgen. Nicht Minderungen, sondern weitestgehauende gesellschaftliche Organisation führen zum Ziele.

### In Berlin wird weiter geplündert.

Im Laufe des Dienstags sind die Plünderungen in Berlin fortgesetzt worden. Im Scheunenviertel kam es in den Nachmittagsstunden wieder zu großen Unannehmlichkeiten. Man verfolgt dabei die Taktik, die Polizei zu ermüden. 50 bis 60 junge Burichen sammeln sich an einer Straßenecke an und beschuldigen die Sicherheitsbeamten. Am Rücken dieses Trupps wird dann von 12 bis 15 Personen geplündert, was sich irgendwie erreichen läßt. Wollen dann die Beamten eingreifen, so verpörrt der bedende Haufen den Weg. Die Beamten mühten im Scheunenviertel wiederholt mit blanker Waffe vorzugehen, um in die bedrohten und zum Teil schon ausgeraubten Geschäfte vorzudringen zu können.

Nachmittags gegen 4½ Uhr wurde die Situation wieder einmal kritisch. Kurz entschlossen ließ der diensthabende Offizier die Grenadierstraße abriegeln, zog Verhaftung auf Kraftwagen herbei und nahm eine regelrechte Kazzia vor. 300 Personen, unter denen sich gewerbemäßige Verbrecher befanden, wurden auf Kraftwagen nach dem Polizeipräsidium gebracht und dort festgesetzt. Eine nicht geringe Anzahl der Festgenommenen entpuppte sich als alte Bekannte des Erkennungsdienstes und wurde hinter Schloß und Riegel gebracht. Trotz aller Bemühungen zerstreute sich die Menge jedoch in den späteren Nachmittagsstunden noch nicht, und so war es nötig, nach wie vor starke Polizeikräfte in den meistbedrohten Straßen aufzumarschieren.

Die jüdischen Anwohner des Scheunenviertels zeigten sich überhaupt nicht auf der Straße, sondern blieben in den Wohnungen. Eine Anzahl Geschäftsleute brachte große Schilde an, auf denen zu lesen war, daß die Inhaber „christliche Geschäftsleute“ seien. In den Mittagstunden kam es auch in der oberen Friedrichstraße zu größeren Menschenansammlungen und in Verbindung hiermit zu wiederholten Minderungen. Eine Menschenmenge von einigen tausend Personen durchzog die Friedrichstraße, drang in verschiedene Geschäfte ein und plünderte sie. Feingehäufte wurden Zigarettenhändler, an Wollwarenläden usw. Auch den kleinen Zigarettenhändlern an den Straßenecken wurden ihre Vorräte entwendet. Der Polizei gelang es, die Ansammlungen zu zerstreuen; aber kaum zerstreut, sammelte sich die Menge an anderen Stellen. In einer Stelle wurden etwa 15 Personen verhaftet und ihnen Ringe und Goldsachen abgenommen. Auch in anderen Stadtteilen ist es zu Plünderungen gekommen. In etwa 40 bis 50 Häusern, in Schlächtereien, Zigarettenhändlern und Konfektionshäusern wurde Ware entwendet, wenn die Inhaber sich nicht freiwillig zur Herausgabe bereit erklärten wollten.

### Der Sensenmann in der Arbeiterpresse.

Der Tod geht in der Arbeiterpresse um. Eins das andre der wirtschaftlich schwachen Blätter muß sein Erscheinen einstellen. Diesmal ist es eins der beiden ältesten Parteiblätter, der „Proletarier“ aus dem Culengebirge, der dem Willen des Kapitalismus, der Not der Zeit zum Opfer gefallen. Mit der Nr. 86 vom 27. Oktober hat unser Langenbieler Bruderblatt aufgehört zu erscheinen. Er nimmt mit folgenden Worten Abschied von seinen Lesern:

„Vierunddreißig Jahre hat der „Proletarier“ bestanden. In Sturm und Wetter hat er seinen Mann gestanden. Oft sind wir in der wilhelminischen Zeit hinter schwedische Gängebraten gebracht worden. Jahrelang hat man uns eingekerkert. Unsere Kraft war nicht gebrochen! Nur mit um so größerer Begeisterung haben wir uns der Sache der werktätigen Bevölkerung angenommen. Die jetzige katastrophale Preisentwicklung hat uns totgemacht. Wir können nicht mehr. Wir müssen unser Erscheinen vorläufig einstellen. Vielleicht kommt einmal eine Zeit, wo auch der „Proletarier“ neu zu erstehen vermag. Wochenlang haben sich alle am „Proletarier“ Beschäftigten buchstäblich durchgehungen (keiner hat auch nur an Lohn oder Gehalt bekommen können, was zum notdürftigsten Brotkauf genügt) in der Hoffnung, daß es doch noch möglich sei, über die schwere Zeit hinwegzukommen. Die Hoffnung hat uns betrogen. Unsere Leser bitten wir, soweit sie es irgend können, die in Breslau erscheinende „Volkswacht“ bei der Post zu abonnieren.

Men denen, die uns bisher geholfen haben, herzlichen Dank. Wir bedauern, daß ihre und unsere Aufopferung vergeblich gewesen ist. Die Zeitverhältnisse erwürgen alles. . . .“

### Mordprozeß Borowski.

In Lausanne begann am Montag der Prozeß gegen den Mörder des Sowjetabgesandten Borowski, Conradi, und gegen den Anstifter der Tat, Polounyn. Conradi hat gelegentlich der Konferenz von Lausanne am 10. Mai den russischen Bevollmächtigten, dem die übrigen internationalen Delegationen das Recht der Teilnahme bestritten, beim Abendessen in einem Hotel erschossen. Durch weitere Schüsse wurden die beiden russischen Begleiter Borowski schwer verletzt. Beide Angeklagten waren früher Offiziere der russischen Armee und rechtfertigen ihre Tat mit ihrem Haß gegen die Bolschewiken.

Der Gerichtshof besteht aus dem Präsidenten Fontallas als einzigem Juristen und zwei Laienrichtern. Von den beiden Angeklagten macht Polounyn, der auch der Ältere ist, den Eindruck des bei weitem Ueberlegenen. Der schwächliche und kleine Conradi, der erst 27 Jahre alt ist, nimmt sich Polounyn gegenüber wie ein einfaches Werkzeug aus. Im übrigen sind die beiden Angeklagten recht vergnügt und keineswegs niedergeschlagen. Schon gleich zu Beginn der Verhandlungen, nach vor Eintritt in die Sache selbst, wurde von dem einen Verteidiger mit fleissigen Formelfragen und politischen Angriffen gewöhnlichster Art vorgegangen. Ueberhaupt war diese ganze erste Sitzung mit den unerschöpflichen Advokatenkünsten ausgefüllt, in deren Verlauf der Verteidiger Schöpfer neunmal vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wurde.

### Notizen.

**Hochverratsverfahren gegen einen Sonderbündler.** Der innerschweizer der englischen Besatzungszone festgenommene Volkskundler Matthias Cremer, ein Bruder des „Kulturministers“ der „Rheinischen Republik“, Wilhelm Cremer, ist von den englischen Behörden nach einer kurzen Vernehmung am Montag den deutschen Gerichten übergeben. Deutscherseits wird gegen Cremer ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet werden.

**Stilllegung der Thyssen-Werke.** Auf den Thyssenschen Werken ist folgende Besatzungsmacht angeschlagen: Die finanzielle Lage der Werke hat sich verärgert katastrophal gestaltet, daß wir uns gezwungen sehen, ab 10. November sämtliche Betriebe einschließlich der Bureau's vollständig zu schließen. Alle Beamten und Arbeiter werden mit dem 12. November der Erwerbslosenfürsorge zugeführt.

**Kaiserslautern erobert.** Die Separatisten haben am Montag und Dienstag die öffentlichen Beamten besetzt, und zwar das Bezirksamt, das Landgericht, die Post, das Bürgermeisteramt, so daß die gesamte Verwaltung in den Händen der Separatisten liegt. Die Zahl der Separatisten beträgt, soweit sich übersehen läßt, 300 bis 500 Mann. Partei und Gewerkschaften verhalten sich vorläufig ruhig.

**Die „Not“ der Banken.** Gelegenheit der Eröffnung einer Filiale in Berlin veranlaßte die Reichsbank den Bank in Berlin ein Frühstück, zu dem folgende Speisekarte Verwendung fand: Kaltes Büfett, Kavivar auf Toast, gedünstertes Kalb, Krebszunge in Aspik, Lachsfilet, Anchois, Sardellen, Bismarckheringe, Hohlkopfs in Remolade, Gabelschinken, Klubbaronen in Del, Tomatenfärdinen, Krabbenmayonnaise, Tauschen von rohem und gekochtem Sardinien, Appetitbröckchen, Zartfleischbraten, Herzlet in Scheiben, Mortadella, Ochsenzunge, Sandwiche, Russische Eier, Zinkstricke Gurken, Gebräute Liebesäpfel, Ochsenmaulsalat, Medaillon von Geflügelkeber, Gans in Aspik, Tafelauquett, Feinher Weinbrand, Salsicotta, Feiner alter Serran, Alter Portwein, 1908er Chateau Margaux, 1920er Rheinheimer Gildemayogen. Diese Speisekarte ist die erschütterndste Illustration zum Thema „Not der Banken“.

**Zivilkommissar und Wehrkreiskommando.** Der Zivilkommissar für den pommerschen Wehrkreis, Genosse Parzig, hat gegen die wiederholten Wehote der sozialistischen Presse Kommerus Einspruch erhoben. Gleichzeitig hat Genosse Hartwig sein Mandat als Regierungskommissar niedergelegt, weil die militärischen Stellen seine Einwendungen und Einsprüche nicht berücksichtigen.

**Zusammenstoß mit Separatisten.** Nach einer Blättermeldung kam es am Dienstag in Duisburg-Hochfeld zu einem Zusammenstoß zwischen Separatisten, die eine Wollfabrik plündern wollten, und Arbeitern der Kruppischen Werke von Remscheid, welche den Plünderern entgegentraten. Die Separatisten schickten auf in der Nähe liegende Rheinische und schossen auf die nachfolgenden Arbeiter. Sechs Arbeiter wurden schwer verletzt. Die belgische Generalmerie, die schlichtlich auf dem Kampfplatz erschien, verhaftete die Separatisten.

**Die Rentenmark.** Seit Ende Oktober ist mit der Herstellung von Rentenanscheinen begonnen worden. Am 12. November werden 105 Millionen Rentenmark fertiggestellt sein. Dieser Betrag wird sich bis zum 15. November auf 243 Millionen Mark heben. Auch die Herstellung der Rentenmarken ist in der Weise geleitet. Die Berliner Münze wird noch in dieser Woche mit der Prägung beginnen. Am dem Tage der Herausgabe der Rentenmark hört entsprechend der Bestimmung über die Rentenbank die Finanzprämie der Reichsbank durch Diskontierung von Reichsschatzwechseln auf.

**Goldlöhne im Versicherungsgewerbe.** Der Reichsrichtungsanspruch für das Versicherungsgewerbe hat am 5. November einen Schiedspruch gefällt, der vom 4. November an den Uebergang zu Goldlöhnen vorseht. Diefem zugrunde gelegt werden 0,00085 Prozent der Augustgehälter einschließlichs Zulagen. Die Gehaltszahlungen erfolgen wöchentlich mit 7/10 des Monatsgehalts. In der ersten Woche sind mindestens 10 Prozent, in der zweiten Woche mindestens 20 Prozent wertbeständig zu zahlen.



Gegen die Weimarer Verfassung. Die Deutschen Nationalen haben im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen einen Ausschuss von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Weimarer Verfassung im Sinne einer künftigen Verfassungsänderung geheimer parlamentarischer Grundzüge zu überprüfen hat.

Die Judenauweisungen aus Bayern. Die aus München ausgewiesenen Juden sind zum größten Teile polnische Staatsangehörige und stammen aus den von Oesterreich abgetrennten Gebieten. Nun ist im Auftrag seiner Regierung dem österreichischen Konsulat in München in einigen Fällen eine Wiedereinweisung bewilligt worden. Eine Anzahl der Ausweisungen wurden wieder rückgängig gemacht. Die grundsätzliche Anordnung des Generalstaatskommissars aber wird voll aufrechterhalten.

Ultimatum an Bulgarien. Der jugoslawische Gesandte überreichte in Sofia am Montag eine Note wegen des vorige Woche dort verübten Mordversuchs gegen den jugoslawischen Militärattaché. In der Note wird von der bulgarischen Regierung gefordert: Entschuldigung und Erklärung des Bedauerns durch die Regierung, persönliche Erklärung des Bedauerns seitens des bulgarischen Kriegeministers, Ehrenbezeugung einer Abteilung von 250 bulgarischen Soldaten vor der jugoslawischen Flagge, energische Untersuchung seitens der bulgarischen Behörden, Entschädigung für die überfallenen Personen und an den Staat nach Entscheidung durch das internationale ständige Schiedsgericht in Haag. Für die Durchführung der ersten drei Punkte wurde der bulgarischen Regierung eine 48 stündige Frist gesetzt.

Das Geheimnis des sozialistischen Wahlerfolgs in Oesterreich. Es liegt in der Festigkeit der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs, die allen Stürmen der sozialistischen Wirtschaftskrisis, das Oesterreich vor uns durchhalten mußte, hielt die Arbeiter treu zur Partei und brachte Opfer. Sie haben dadurch ihre Partei so schlagfertig erhalten, daß sie ein sehr gewichtiges Wort in der österreichischen Politik mitzureden und ihren letzten prächtigen Wahlerfolg errungen hat. 550 000 organisierte Sozialdemokraten gibt es in dem kleinen Oesterreich. Das ist das Geheimnis des Wahlerfolgs. Und im großen Deutschland...?

Argentinien rüstet. Die argentinische Regierung ist ermächtigt worden, 100 Millionen Pesos für den Erwerb von Waffen im Ausland auszugeben. Das argentinische Außenamt hat gleichzeitig eine Mitteilung an die benachbarten Staaten gerichtet, in der festgestellt wird, daß die Rüstungen keine Bedrohungen hervorzubringen dürften. Sobald Argentinien seine Streitkräfte auf die Höhe der modernen Anforderungen gebracht habe, werde es sich selbst zum Anreger einer allgemeinen Uebereinkunft zur Einschränkung der Rüstungen machen. Kapitalistisch-militaristische Sozialisten rüstet, aber nicht etwa für kommende Kriege. Nein, nur um später desto härter abzurufen zu können.

Spende der Stadt Wien. Der Bürgermeister der Stadt Wien, ein Sozialdemokrat, hat dem Reichspräsidenten Ebert als Spende der Stadt Wien zur Linderung der deutschen Not den Betrag von einer Milliarde österreichischer Kronen überwiesen. Das sind ungefähr 6000 Billionen deutscher Papiermark.

Hilferei in Oesterreich. In Wien hat sich ein vaterländischer Schutzbund gebildet, der aus der nationalsozialistischen Partei hervorgegangen, in engem Zusammenhang mit den Hitlerischen Organisationen in Bayern steht. Die Leiter behaupten, daß sie über 30000 wohlausgerüstete Leute verfügen und keineswegs Putzsch anstreben. Sie wollten lediglich der Abwehr halbbrüderlicher oder linksradikaler Mächte dienen. Weiter wurde erklärt: In Deutschland liegen die Verhältnisse anders. Das Beschlagen Hitler's sei für die nächste Woche zu erwarten. Er werde den Zweck verfolgen, in Deutschland eine Regierung der nationalen Verteidigung einzurichten. Ein aktives Eingreifen der österreichischen Sturmtruppe in Deutschland sei nicht vorgesehen.

Depeschen.

Plünderungen in Virmajens.

Wb. Virmajens, 7. November. Im Laufe des Abends kam es zu Erwerbseigenen. Mehrere Geschäfte wurden geplündert. Die Polizei schritt ein, da aus der Menge ein Schuß fiel. Soweit bekannt, ist neben mehreren Verletzten auch ein Toter zu beklagen.

Im eroberten Kaiserlautern.

Wb. Kaiserlautern, 7. November. Die Separatisten sind hier nach wie vor die Herren der Lage. Der Hauptführer ist der Führer der Bauernschaft, Heinz-Dobis, der früher Offizier war. Als die Separatisten in die Räume des Fernsprechamtes eindringen wollten, wurden sie von den Franzosen wieder hinausgetrieben.

Im Laufe des Tages erfolgten Plünderungen. Unter den Separatisten selbst kam es verschiedentlich zu Meutereien. Leute, die den ganzen Tag nichts zu essen erhielten, verlangten Brot, Essen, Geld und Urlaub. Diejenigen, denen dies verweigert wurde, rissen aus. Die Separatisten brangen ferner in die Wägen-Apothek ein und verlangten Medikamente, die ihnen verweigert wurden. Infolge der drohenden Haltung der Menge, die sich vor der Apotheke angeammelt hatte, mußten die Separatisten das Gebirge räumen.

Der Redakteur der „Fälzischen Freien Presse“ und der Redakteur des „Volkboten“ mußten gestern auf dem Bezirksamt in dem Quartier der Separatisten erscheinen, wo ihnen eine Erklärung vorgelegt wurde, ob sie bei der Beschlagnahme der Zeitungen weiter zu arbeiten bereit wären. Dies wurde abgelehnt.

Amerikanische Hilfe für Deutschland. Wb. London, 7. November. Der Washingtoner Richterlatte der „Times“ schreibt, Präsident Coolidge und seine Ratgeber seien absolet sicher, daß Amerika Deutschland werde helfen müssen, wenn das deutsche Volk in diesem Winter vor dem Verhungern gerettet werden solle, und es sei selbstverständlich, daß diese Unterstützung prompt und weitherzig geboten werden wird. Eine Deutschland geleistete Hilfe dieser Art werde auch eine Hilfe für den Farmer (den amerikanischen Bauer) sein und die politischen Berater des Präsidenten hätten diesem gegenüber seit seinem Amtsantritt nichts so sehr betont als die Notwendigkeit, etwas für die Farmer zu tun. (Wir warnen, sich auf diese Hilfe zu verlassen. Vor allem dann, wenn ein realer Putz einzieht. Die Amerikaner haben die Nase voll von den deutschen Monarchisten. Red.)

Unruhe in Krakau.

Wb. Warschau, 7. November. Wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, wurden bei den Unruhen in Krakau am Dienstag mittag 25 Personen getötet, 19 schwer und 29 leicht verletzt.

Verarbeiterlohn.

Wb. London, 7. November. Reuters meldet aus Charleston (Westvirginia, Vereinigte Staaten): Im Montross-Bergwerk ereignete sich eine schwere Entzündung. Bisher wurden 2000 Leichen geborgen. Man fürchtet für das Leben weiterer dreihundert Bergleute, die noch in den Gruben sind.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Vertikalschriftgleich Grundriss. X. Schlüsselfeld v. Buchbinder, 1.31. 100 Milliarden (Im Antiquariat eigene Schlüsselfeld 50 Milliarden.) Abonnement und Einzelverkauf von Zeitschriften aus allen Wissensgebieten. Zeitschriften-Abteilung. Bestellungen auf alle Zeitschriften werden gern entgegengenommen. Geöffnet von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. Soeben eingetroffen: Wirtschaft und Statistik Nr. 20. - Mikroskosmos Heft 1. - Wustfanden, eine Zeitschrift für Jugend und Volk, Heft 1. - Jungsozialistische Blätter, Heft 11. - Zur Abholzung liegen bereit: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 31./32. Lieferung. - Das Seebuch Nr. 41. - E. Spitzhans Nr. 32. - Wustfanden Nr. 41. - Der Zwiesprach, Blatt 4. - Der Zwiesprach in Gessen und Kleinsterhof Nr. 43. - Montzische Monatshefte, November-Heft 11. - Sozialistische Monatshefte Nr. 10. - Der Kosmos Nr. 10. Theaterkassette: (Geöffnet von 10 bis 1 und 3 bis 6 Uhr.) Sonntagsskizzen für Arbeiter. Am Sonntag den 11. November, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Stadttheaters. Preise für diese Woche 5 und 10 Mark. - Montag, Dienstag und Freitag in der Matinee, 6 und 7 1/2 Mark. - Kammermusik-Abend des Volkstheater. Donnerstag, 8. November, 7 1/2 Uhr, im Stadtmusiksaal. 5 und 6 Mark.

Spiele

Algem. Oriskrankenkasse in Magdeburg.

Bekanntmachung. Unter Bezugnahme auf die Veröffentlichung des Arbeitsamtes der Stadt Magdeburg vom 1. November 1923 in Sachen der Entschädigung von Beiträgen für die Erwerbslosenversicherung wird hiermit angeordnet: 1. Sämtliche Arbeitgeber, mit Ausnahme der Dienstverhältnisse, haben der Krankenkasse den Betrag der Beiträge für die Erwerbslosenversicherung für die Zeit vom 1. November 1923 bis zum 31. Dezember 1923 zu zahlen. 2. Von dem Betrag nachgezogenen Gesamtbetrag sind 10 u. S. als Krankengeldbeitrag zu entnehmen. 3. In der eingereichten Rechnung muß das der Beitragszahlung zugrunde liegende Arbeitsamt für jeden Beschäftigten besonders angegeben werden. 4. Die Beiträge für die Krankenkasse sind für die Erwerbslosenversicherung in Höhe von 10 u. S. als Krankengeldbeitrag zu entnehmen. Eine Einzahlung dieser Beiträge für jeden Beschäftigten ist nicht erforderlich. 5. Die Beiträge für die Krankenkasse sind nicht getrennt aufzuführen, wenn nicht besondere Angaben aufgeführt sind. 6. Die Beiträge für die Krankenkasse sind für die Erwerbslosenversicherung in Höhe von 10 u. S. als Krankengeldbeitrag zu entnehmen. 7. Die Beiträge für die Krankenkasse sind für die Erwerbslosenversicherung in Höhe von 10 u. S. als Krankengeldbeitrag zu entnehmen. 8. Die Beiträge für die Krankenkasse sind für die Erwerbslosenversicherung in Höhe von 10 u. S. als Krankengeldbeitrag zu entnehmen. 9. Die Beiträge für die Krankenkasse sind für die Erwerbslosenversicherung in Höhe von 10 u. S. als Krankengeldbeitrag zu entnehmen. 10. Die Beiträge für die Krankenkasse sind für die Erwerbslosenversicherung in Höhe von 10 u. S. als Krankengeldbeitrag zu entnehmen.

Edelmetalle. In jeder Form (Münzen, Schmucksachen, Geräte, Zahngold, Platinstücke) kann die Ankaufsstelle für edelmetalle vereinigt Uhrmacher Königsplatz 1/2, erster Stock.

Der beste Ratgeber. Praktisch und billig! Ist ein Lehrmeisterbüchlein. Für alle in Haus, Hof und Garten vorzunehmenden Arbeiten. Zu Ausnahmepreisen. Eine Nummer 10 Milliarden, fünf Nummern 40 Milliarden, zehn Nummern 70 Milliarden. Buchhandlung Volksstimme, Große Ringstraße 3.

ROGAKE, Rot- und Weißwein-Flaschen. ADOBE. Deutscher Banngetriebener. Mitgliederversammlung im Wilhelmspark.

Kristallpalast. Troisi-Tour mit Rolf Syvero.

Teplitzer Tee. Hof-Apotheke, Breitenweg 158.

Jagdhündin. Etzd, Kaiserstraße 46.

4 Auroras. Besseres sehen Sie nie! 2 Braunsens. Das Mädchen ohne Gewissen.

Heute letzter Tag: Fix u. Fax-Lustspielwoche. Das Mädchen ohne Gewissen.

Stellenangebote. Diamant-Rohware. Edelmetalle Brillanten.

Städtische Theater. Der Hühnerhändler. Der Revisor.

Textil-Rohstoff. Lumpen sortiert u. Altpapier ständiger Ankauf. Fürstenufer 24c.

Brillanten, Gold u. Silber. Otto Lips, Kleine Unterstraße 10.

Unsere Kalender für 1924! Mitteldeutscher Volkskalender. Neue Welt-Kalender. Unser Wandkalender. Künstlerischer Wochen-Abreißkalender. Fortwärts-Almanach. Fortwärts-Abreißkalender Grundpreis 1.50.



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 8. November 1923

Reichsindex.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag den 5. November auf das 98,5-milliardenfache der Vorkriegszeit.

Table with 2 columns: Month (Durchschnitt Mai, Juni, Juli, August, Septbr., Oktbr., 3. September, 10. September) and Index value (1913/14 = 1).

Diese Steigerung der Lebenshaltungskosten ist die bei weitem höchste, die je verzeichnet worden ist. Sie stellt nicht allein einen deutschen, sondern einen internationalen Rekord auf.

Der 9. November

soll auch in diesem Jahre gefeiert werden. Trotz aller Not, trotz aller Kämpfe gegen seine Erruanschaften muß das Tagesgedacht werden, an dem die deutsche Republik geboren wurde.

Frohe Stunden am Sonntag.

Die arbeitenden Menschen, die die jetzt schwerste wirtschaftliche Not zu tragen haben, verlangen nach geistiger Erholung. Sie müssen so viel entbehren an Gesellschaft und geistigen Dingen, daß sie direkt danach hungern, einmal etwas zu hören und zu sehen, was jenseits der Klage des Alltags steht.

Die Presse der „Unberührten“.

In der „Magdeburgischen Zeitung“ finden wir folgende Redaktionsnotiz:

Das Qualitätsblatt

ist die Zeitung, die in den Schichten gelesen wird, die von den wirtschaftlichen Erschütterungen nicht berührt werden, die also auch in der Zeit der Zeitung lauffähig sind.

Es gibt also noch Schichten, die von den wirtschaftlichen Erschütterungen unberührt sind. Seit 9 Jahren geht über die Erde ein Leben, das alle wirtschaftlichen Bindungen und Formen zertrennen hat.

Die Unberührten wollen natürlich ihre Ruhe und Sicherheit behalten. Dazu gehört, daß sie weiter viel verdienen und daß niemand in ihre Geschäfte dreinredet.

Selten wurde in der bürgerlichen Presse so deutlich ausgesprochen, daß sie sich als die Sachwalterin der besitzenden Klasse betrachtet.

den Blättern, die für die geistlichen, unberührten Erbsitzungen, aber gegen die greifenden und wirtschaftlich bedrückten Proleten wirken, nichts zu tun, sie brauchen die Zeitung der Armen, der Opfer der kapitalistischen Wirtschaft.

Verenigte Sozialdemokratische Partei.

Bezirk Sudenburg. Am Freitag den 9. November, abends 7 Uhr. Anstoss 8 Uhr im „Goldenen Löwen“.

Kündigungssfristen für Angestellte.

In Magdeburg besteht für kaufmännische und technische Angestellte eine allgemeine Kündigungsfrist von 6 Wochen vor Quartalschluß.

Die Frage, wer einen eigenen Haushalt führt, kann nicht generell, sondern nur von Fall zu Fall entschieden werden. Weniger juristische, sondern soziale Gesichtspunkte müssen bei der Auflegung in den Vordergrund treten.

Von den acht Antragskandidaten werden auf Grund des Spruches vier als Haushaltsvorstände angesehen. Bei den übrigen wurde diese Eigenschaft verneint.

Advertisement for 'Verlag der „Volksstimme“' featuring 'Veränderung des Anzeigenpreises' and 'Die Schlüsselzahl des V. D. Z. B. ist von heute an erhöht auf 130 Millionen.'

— Novembergehalt im Versicherungsgewerbe. Wie uns der Zentralverband der Angestellten mitteilt, hat der Reichsentscheidungs- Ausschuss für das Versicherungsgewerbe am 5. November folgenden Bescheid ergangen:

— Löhne für Hausangestellte. Seit jetzt 3 Wochen werden von der Allgemeinen Ortskrankenkasse die Beiträge veröffentlicht, welche für Hausangestellte und Aufwärtinnen zu leisten sind.

— Weihnachtspakete nach überseeischen Ländern, namentlich nach den Vereinigten Staaten von Amerika sind schon jetzt (Anfang November) bei der Post einzuliefern, damit die rechtzeitige Ausgändigung an die Empfänger gesichert ist.

Sonntagsstunden für Arbeiter

1. Abend am Sonntag 1/2 8 Uhr im Franck-Jugendheim.

— Das 100-Milliarden-Brot. Heute morgen wurde uns von der Bäckereimannschaft mitgeteilt, daß ein 4-Pfund-Brot 100 Milliarden kostet.

— Die Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Magdeburg beginnt am 13. d. M. abends 8 Uhr in der Knabenstraße Magdeburg (Bismarckstraße) ihren diesjährigen Kurkurs.

— Achtung, Musiker! Vom Musikerverband sind mir bekanntgegeben: Die Ortsverwaltung Magdeburg des deutschen Musikerverbandes hat über den Julius Blumenfeld wegen bestehender Differenzen die Sperre für Musik verhängt.

— Weitere 1200 Septembergehälter für die Angestellten. Die der Vereinigung Magdeburger Arbeitgeberverbände angeschlossenen Arbeitgeberorganisationen empfehlen ihren Mitgliedern am Freitag den 9. November weitere 1200 Septembergehälter an Angestellten zur Auszahlung zu bringen.

— Die Zufahrt für Kriegeschädigte und Kriegerhinterbliebene wird in Zukunft nur in bar, und zwar in den Monaten der Verlosungsamtes ausgezahlt am Montag den 12. November für die Buchstaben A B D u. 9-10

Table with 2 columns: Day (Dienstag den 13. November) and Lottery numbers (CEFG, HJO, KP, LM, N Qu R V T, WZ, S Sch).

Die Zahltag und Stunden sind pünktlichst einzuhalten, damit Entlohnungen vermieiden werden. Als Ausweis hat jeder Empfangsberechtigte den Rentenbeleg und die Stammliste mitzubringen.

— Die Hebammengebühren sind auf 1/5 der Vorkriegssätze festgesetzt worden, welche Sätze mit der am Freitag geltenden Reichsindexziffer für Lebenshaltung zu vervielfachen sind.

— Die Papiermarkt muß angenommen werden. Eine Verordnung über die Verpflichtung zur Annahme von Reichsmark bei Inlandgeschäften verbietet den Abschluß oder die Erfüllung von Verträgen über die Lieferung von Waren oder die Bewirkung von Leistungen zu verweigern, weil die Zahlung in Reichsmark erfolgt.

— Volle Bezüge der Lehrlinge bei Kurzarbeit. Wie bereits berichtet wurde, hat das Magdeburger Kaufmannsgericht auf Antrag des Zentralverbandes der Angestellten und der Arbeitsschutzkommission des Einzelhandels in seiner letzten Sitzung die Entscheidung über die Kurzarbeit bei Kurzarbeit gefällt.

— Die höchste Instanz für Mietstreitigkeiten. Der preußische Justizminister hat durch eine Verordnung vom 22. Oktober 1923 das Kammergericht zur höchsten preussischen Instanz für Mietstreitigkeiten ernannt.

— Dolarschuldentreibungen sind am Dienstag mittag hier in der Köhler Straße unter den Eisenbahnbrücken mit gutem Erfolg gehandelt worden. Sollte das mit dem Berliner Geschäft in der Reichsbankverwaltung zusammenhängen?

— Zirkus Blumenfeld. Abendlich 7 1/2 Uhr Vorstellungen mit den als vorzüglich anerkannten 32 Zirkusdarbietungen.

— Gegriffen wurde der wohnungslose Handelsmann Rudolf Nidel, der seit längerer Zeit hier fortgesetzt Dachrinnen-Diebstähle begeht.

— Ein Handleitertwagen, etwa 6 Zentner tragend, an dem die hintere Sperre fehlt und durch Draht ersetzt ist, ferner ein schwarzer, getragener Damenmantel mit edigen Knöpfen, Wäschtrager und Karmelauerschägen, wurden in verächtlichem Besitz vorgefunden.

— Gestohlen wurden aus einem Keller in der Hohepfortstraße 100 Pfund schwarze, graue und leberfarbige Strichwolle in 4-Pfund-Paketen; aus einer Wohnung eine goldene Damenuhr mit Sprungdeckel in braunem, rot ausgefärbtem Stuhl; aus einem Stalle auf Post V 15 verschiedenfarbige Hühner.

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Singen für alle Gruppen heute Donnerstag 1/2 8 Uhr im Franckheim Revolutionärer Freitag 1/2 8 Uhr Aula Bismarckschule. Eintritt 2 Milliarden

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Städtische Theater. Stadttheater. Freitag (1. Abend) „Martha“, Sonnabend (2. Abend) „Ogys und sein Ring“, Sonntag (Anrecht aufgeben) „Zandhäuser“

Wildebein-Theater. Freitag (Vorfstellung für die So. 10 Uhr) „Der Revolver“, Sonnabend (Vorf. f. d. So.) „Theater u. Kunst“, „Die Lärche“, Sonntag (offene Vorfstellung) „Die Lärche“.

Nachrichten aus der Provinz.

An die Bergarbeiterschaft in Mitteldeutschland!

Die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands veröffentlicht für die am Tarif beteiligten Arbeitnehmerverbände folgenden Aufruf:

Die Arbeitgeber für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sowohl wie für den Kalibergraben versuchen durch und ohne Vereinbarung die verlängerte Arbeitszeit einzuführen. Auf der Grube Alwiner Verein Bruchdorf wird bereits 9 Stunden gearbeitet. Dieses ist unzulässig und glatter Tarifbruch.

Nach die Drohung der Arbeitgeber, die Betriebe zu schließen, wenn nicht länger gearbeitet wird, darf nicht dazu führen, dem Tarifbruch der Arbeitgeber Vorschub zu leisten. Jeder Arbeiter folge den Befehlen seiner Organisation. Wer anders handelt, hat auch die Folgen zu tragen, er handelt nicht im Interesse der Volkswirtschaft und verläßt sich auf seinen arbeitslosen Arbeitskollegen. Halte dich daher streng an den Tarif.

Parteinachrichten.

Schweres und Ungewöhnliches. Freitag den 9. November, abends 8 Uhr. Generalversammlung im Rahmen der Stadtpartei. Erscheinen aller Genossen und Massen delegiert.



Unterbezirk Neuhalbensleben - Wolmirstedt.

An die Ortsvereine!

Parteigenossen und -genossinnen! Vor einigen Tagen hat der Parteivorstand in einem Aufruf die Gründe dargelegt, die uns Genossen...

Parteigenossen! In früherer Erinnerung sind uns noch die Vorworte...

Notwehrleute! Seid auf dem Posten, steht in Alarmbereitschaft...

An größere Veranstaltungen zum Revolutionsstage können wir in diesem Jahre nicht denken...

Auf zum Kampfe für die Freiheit für die Republik, wenn die Partei auch ruft...

ParteiSekretariat.

Kreis Neuhalbensleben.

Revolutionsfeiern.

Folgende Revolutionsfeier-Veranstaltungen finden statt:

Neuhalbensleben: Freitag den 9. November, abends 8 Uhr, bei Peter...

Wolmirstedt: Sonntag den 10. November, abends 8 Uhr, bei Schumann...

Klein-Partenleben: Sonntag den 11. November, nachmittags 3 Uhr...

Ulleringerleben: Sonntag abend 8 Uhr, bei Peter...

Alle Parteigenossen werden gebeten, sich mit ihren Angehörigen...

Neuhalbensleben. Arbeitersekretariat. Infolge notwendiger Umstellungen...

Kreis Serichow 1.

Surg. Rotgenossenschaft. Die Gewerkschaft hat in...

Sie sind und sind für die Selbstbestimmung gut eingezogen...

Das Spendenbuch wird demnächst sein.

Freitag den 9. November: Stimmlich kaltes Wetter mit Niederschlägen...

Kreis Kalbe.

Schönebeck. Die Vereinigte sozialdemokratische Partei hält am Freitag den 9. November, abends 8 Uhr...

Stassfurt. Republikanische Notwehr. Freitag den 9. November, abends 8 Uhr...

Stassfurt. Vom Streik. Unter der Parole 'Gegen Faschismus und Zerstörung' legte die Belegschaft...

Sarg.

Wernigerode. Rassenfehlmorde. In der vorletzten Woche ereigneten sich im kleinen Wernigerode...

Revolutionsfeier Neuhalbensleben. Am Mittwoch, des 8. Novembers...

Kleine Chronik.

Schweres Explosionsunglück am Berliner Osthafen. Bei Reparaturarbeit an einem der Bergzinken...

Bereins-Kalender.

Sie sind gegen Vorausbezahlung, die Zelle 9600 Millionen RM. angenommen.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Ostsee, Elbe, Oder) and water levels (Höhe, Tiefe).

Wettervorhersage.

Freitag den 9. November: Stimmlich kaltes Wetter mit Niederschlägen...

Warenmärkte.

Magdeburger Produkten-Börse vom 7. November.

(Preise in Dollar.) Weizen rubig, 2,20-2,30. Roggen rubig, 2,15-2,20. Sommergerste rubig, 2,10-2,15...

Notierungen in Kolonialwaren.

Gemäß der Verlehrsliste an der heutigen Börse in der Handelskammer...

Table listing various goods and their prices, including coffee, sugar, and other commodities.

Berliner Produkten-Börse vom 7. November.

An der Mittagsbörse wurden notiert ab Station (Preise in Goldmark)...

Die nichtamtlichen Kaufzucker-Notierungen (Preisnotierungskommission)...

Telegraphische Auszahlungen.

Die amtlichen Notierungen stellen sich wie folgt in Millionen:

Table showing telegraphic remittances for various cities like Amsterdam, Buenos Aires, etc.

Kurse der Rechenwährung und der Hilfszahlungsmittel.

Table showing exchange rates for Goldmark, Dollar, and other currencies.

Das Geheimnis des Alten.

Roman von Stein-Nisertion.

(12. Fortsetzung.)

„Besser kein Tugend“, sagte ich, „ich würde gar nicht, warum Sie...

Ich verstand und ich war nun fast entschlossen, den Brief an...

„Gehehen?“ fragte er. „Ja, was ist eigentlich gechehen? Wenn ich es nur wüßte!“